

Arbeitskreis Wohnraum für junge Menschen

Stellungnahme zur Neukonzeptionierung der Straßensozialarbeit „Verstärkt, vernetzt und präsent [...]“



Seit zwei Dekaden macht der Arbeitskreis „Wohnraum für junge Menschen“ (AK WjM) auf die Situation junger Menschen ohne Wohnung aufmerksam und fordert spezielle Maßnahmen, um strukturelle Benachteiligungen abzubauen und die gesellschaftlichen Ursachen hierfür zu benennen und zu beseitigen. Die teilnehmenden Einrichtungen bieten umfangreiche und unterstützende Beratung für junge wohnungslose Menschen an und stehen parteilich für sie und ihre Anliegen ein.

Neben den teilnehmenden Einrichtungen der Jugendsozialarbeit, zählen auch Einrichtungen der Straßensozialarbeit und welche, die seit Jahrzehnten eng verzahnt in Kooperation mit Straßensozialarbeit agieren. Weiterhin betrifft die „Neukonzeptionierung“ vorrangig die Wohnungshilfe, jedoch auch die Adressat:innen der Jugendsozialarbeit.

Mit der Veröffentlichung des Konzepts: *„Verstärkt, vernetzt und präsent: Lebenslagenverändernde Perspektiven der Straßensozialarbeit und flankierende Hilfen für obdachlose Menschen in Hamburg“* im Mai 2025 hat die Sozialbehörde Hamburg eine „Neukonzeptionierung“ der Straßensozialarbeit herausgegeben, welches zum Ziel hat „die Straßensozialarbeit strukturell und qualitativ weiterzuentwickeln“ (S. 9), einen „schnelleren Zugang zum Hilfesystem“ zu ermöglichen und diese Hilfe den Menschen innerhalb der Hilfseinrichtungen zukommen lassen, um sie „von der Straße zu holen“ und „den öffentlichen Raum für alle zu entlasten“ (ebd.)

Die „Neukonzeptionierung“ enthält sinnvolle Ansätze, wie bspw. die Idee der schnelleren Zugänge bei Behörden (ebd.), dennoch betrachten wir aus fachlicher Perspektive insbesondere die geplante Umsetzung mit erheblicher Sorge, da die Prinzipien von Straßensozialarbeit völlig missachtet werden.

Straso richtet sich an Menschen in prekären Lebenssituationen mit zahlreichen Beziehungsabbrüchen. Straßensozialarbeit erreicht in besonderer Weise Menschen, die durch ihre prekäre Lebenssituation und durch zahlreiche Beziehungsabbrüche nicht den Weg in andere Angebote schaffen. Die damit einhergehende schwere Erreichbarkeit der Adressat:innen wird durch Straßensozialarbeit, also durch das in die Lebenswelt der (jungen) Menschen gehen, aufgebrochen. Hierbei spielen die Prinzipien der Straßensozialarbeit eine besondere Rolle:

- Freiwilligkeit,
- Parteilichkeit,
- Wertschätzung, Respekt und Akzeptanz,
- Partizipation,
- Niedrigschwelligkeit und Flexibilität, sowie
- Vertrauensschutz, Verschwiegenheit und Anonymität (BAG 2025, 2).

Alle diese Prinzipien sehen wir nach der sog. „Neukonzeptionierung“ stark gefährdet !

Wie die LAG Straso schon in ihrer Stellungnahme (vgl. LAG Straso 2024, 3) benannte: Macht es bei den (jungen) Menschen den Anschein, dass Straßensozialarbeit nicht (nur) in Ihrem Sinne agiert,

verspielt sie den entgegengebrachten Vertrauensvorschuss und ist handlungsunfähig (vgl. Ansen 2024, 30).

Damit kommen wir auf den ersten Kritikpunkt von der sog. „Neukonzeptionierung“:

1. Miss- oder Umdeutung von akzeptierender und lebensweltorientierter Arbeit mit sogenannten „wiederholter [...] und aktivierender Ansprachen“ (S.22) und der verbindlichen Vereinbarung“ (S. 12?).

Es wird suggeriert, dass die bestehenden Angebote rein durch Druck seitens der Sozialarbeitenden tragfähig, oder sich die Lebenslagen verbessern würden. Durch Zwang werden die angebotenen Hilfen nicht angemessener oder zumutbarer. **Es zeigt sich auch hier der altbekannte Paradigmenwechsel von tragfähigen Beziehungen zu schnellen, aber nicht nachhaltigen „Ergebnissen“. Baut sie den beschriebenen Druck auf, führe dies langfristig nicht nur zu einer Ablehnung der angebotenen Hilfen, sondern auch der Straßensozialarbeitenden.** Somit ist es egal wie „verbindlich“ Vereinbarungen sind, eine Verbesserung der Lebenslage ist nicht nur gescheitert, der letzte Zugang zum Hilfesystem wird den Betroffenen mit dem „Neukonzeptionierung“ genommen.

2. Das Konzept will mit der Überarbeitung des Straßensozialarbeitskonzeptes, dass „gesellschaftliche Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung“ (S.4) erfüllen, was mit dem Konzept weder erreichbar, noch mit den Standards von Straßensozialarbeit vereinbar ist, jedoch das wahre Interesse durchgehend deutlich macht.

Beispielsweise mit: „[...] den Ausgleich der Interessen aller Bürgerinnen und Bürger im öffentlichen Raum im Blick haben [...]“ (S.23). Fortlaufend wird im Konzept offensichtlich, dass sobald Menschen keinen eigenen Wohnraum (mehr) haben, sie ihren Anspruch als Bestandteil der Gesellschaft gesehen zu werden, verlieren. Von daher ist es umso wichtiger, dass Straßensozialarbeit parteilich ihrer Adressat:innen gegenüber ist und eben **keine** augenscheinlich allparteiliche Interessenvertretung wird. Dies widerspricht den Prinzipien von Straßensozialarbeit! Belassen wir also den ordnungspolitischen Auftrag bei den dafür vorgesehenen Akteur:innen und schützen die Lobby, die die wohnungs- und obdachlosen Menschen haben.

3. Kooperation mit Ordnungsbehörden oder “[...] Akteure, die ordnungsrechtliche Aspekte bearbeiten [...], liegt innerhalb der selbst formulierten Standards der Straßensozialarbeit“ (S.23). Nicht nur dass dies eine völlige Verdrehung darstellt, die „Neukonzeptionierung“ beantwortet ohnehin selbst, dass eine derartige Kooperation aus fachlicher Perspektive das Vertrauensverhältnis ruiniert (S.8).

Wie zu Beginn schon erläutert steht und fällt die Arbeit mit den Menschen mit Vertrauen. Nicht nur das eines der Prinzipien “Vertrauensschutz, Verschwiegenheit und Anonymität” heißt, die vorgeschriebene Zusammenarbeit mit Polizei und Ordnungskräften verlässt damit erneut die fachlichen Standards und untergräbt den Auftrag von Straßensozialarbeit als auch Sozialer Arbeit!

Es wird erneut deutlich, die Hansestadt Hamburg setzt auf Zwang und Verdrängung, (Straßen)-Sozialarbeit soll ordnungspolitische Aufgaben übernehmen und dafür sorgen, dass Obdachlosigkeit nicht mehr sichtbar ist. So wird die Soziale Arbeit als ordnungspolitischer Arm missbraucht, anstatt die Ursachen für Armut und Obdachlosigkeit zu bekämpfen, um die “gesellschaftliche Verträglichkeit und Akzeptanz” (S.4) der Armut unsichtbar zu machen. Weiter wird mit der “Neukonzeptionierung” marginalisierten Menschen mit multikomplexen Problemlagen die einzige Interessenvertretung genommen, zu der sie vertrauen aufbauen konnten.

Durch die Umdeutung der akzeptierenden Arbeit, Freiwilligkeit, Missachtung der Vertraulichkeit und Anonymität und weiterer Grundprinzipien, verlässt die „Neukonzeptionierung“ nicht nur die Methoden und Techniken Sozialer Arbeit, sondern auch jegliche fachliche Kompetenz Sozialer Arbeit.

Hamburg war in einigen Bezirken massiv unterversorgt, und eine Aufstockung war notwendigerweise schon lange gefordert worden. Doch sind nicht nur die bisherigen noch erhalten gebliebenen Stellen ab dem 01.01.2026 gestrichen worden. Eine „Aufstockung“ wird es genannt, wenn große Flächen Hamburgs erst bis 2030 (!) um lediglich unzulängliche **2 VZÄ** in allen sieben Bezirke, „ergänzt“ werden. Somit sind aktuell einige Bezirke komplett ohne Straßensozialarbeit und die dort verorteten Menschen verlieren den Zugang zum Hilfesystem.

Junge Menschen werden in der „Neukonzeptionierung“ lediglich als Schnittstelle gehandhabt. Damit ist wieder klar, junge Menschen finden mit ihren prekären Lebenssituationen keinen Raum in den Planungen der Sozialpolitik außerhalb von HzE. Für die jungen Menschen, welche aufgrund der Wohnungs- und Obdachlosigkeit die betroffenen Angebote nutzen, hat die „Neukonzeptionierung“ massive Auswirkungen!

Doch können wir uns fast schon freuen, dass junge Menschen wenigstens als Schnittstelle in dem Konzept vorkommen. Wohnungslose Menschen kommen gar nicht darin vor! Allerdings gilt ja Hamburg auch *nur* als „Hauptstadt der Wohnungslosen“, da wir hier beinahe 40.000 wohnungslose Menschen haben. (Hauer, Dirk 2025). Diese sind nicht gemeint, wenn die Behörde vom „Interesse aller Bürgerinnen und Bürger“ (S.23) schreibt.

Generell kritisieren wir das Resultat dessen, was die große Aufregung um den Hauptbahnhof und die Politik gegen wohnungs- und obdachlose Menschen hervorgebracht hat: Einen Schulterschluss zwischen Sozial- und Ordnungspolitik welche eine „Neukonzeptionierung“ der Straßensozialarbeit herausbringt. Die sogenannte „Neukonzeptionierung“ der Straßensozialarbeit ist ein Missbrauch sozialarbeiterische Methoden für ordnungspolitische und ausgrenzende Zwecke und ein Angriff auf die Soziale Arbeit. Festzuhalten ist, dass dieses Papier eine Katastrophe für alle Menschen ist, welche Straßensozialarbeit erreicht.

UNSERE FORDERUNGEN:

1. Wohnungs- und obdachlose Menschen als Bürger:innen dieser Stadt anerkennen!
2. Beendigung des Schulterschlusses von Sozial- und Ordnungspolitik!
3. Die Anwendung von der „Neukonzeptionierung“ in den betroffenen Einrichtungen beenden, besonders welche mit jungen Menschen arbeiten. Einen echten Austausch mit den professionellen Straßensozialarbeitenden und die tatsächliche Beachtung der schon erarbeiteten fachlichen Handlungsempfehlungen!
4. Auf die professionelle Erfahrung und das erarbeitete Vertrauen der Menschen in die Straßensozialarbeitenden in Hamburg zurückzugreifen.
5. Strukturelle Missstände bekämpfen und nicht die Betroffenen! Hört auf mit der Elendsverwaltung!
6. (Jungen) wohnungs- und obdachlosen Menschen Zugang zu Wohnraum erleichtern und endlich bezahlbaren Wohnraum schaffen!
7. Die aus der Praxis und der BAG Streetwork/Mobile Jugendarbeit erarbeiteten Standards der Straßensozialarbeit erhalten!
8. Straßensozialarbeit hat sein Mandat durch die Adressat:innen und daher darf es keine augenscheinlich allparteiliche Interessenvertretung geben!
9. Das Ziel, die Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 abzuschaffen, ernstnehmen.

Quellen:

- „Verstärkt, vernetzt und präsent: Lebenslagenverändernde Perspektiven der Straßensozialarbeit und flankierende Hilfen für obdachlose Menschen“ in Hamburg: <https://dokumente.hamburg.de/resource/blob/1067216/129735e6381a08c74af35b36ea9f7235/konzept-strassensozialarbeit-data.pdf>
- „Ordnungsstiftende Ansätze in die Straßensozialarbeit integrieren?!“ Positionspapier der LandesArbeitsGemeinschaft Straßensozialarbeit vom September 2024
- Stellungnahme der BAG Straso zum Hamburger Konzept: <https://bag-street-work.de/2025/08/21/stellungnahme-straso-hamburg/>
- „Ordnungspolitische Wende in der Sozialpolitik? Einige Anmerkungen anlässlich des Hamburger Koalitionsvertrages“ von Dirk Hauer: <https://www.tu-was-hamburg.de/wp-content/uploads/2026/01/2025-10-23-Ordnungspolitische-Wende-in-der-Sozialpolitik.pdf>